

POSTULAT von Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) und Paul von Euw (SVP, Bauma)

betreffend Teilnahme an Studie zur politischen Neutralität der Sekundarstufe II

Der Regierungsrat wird beauftragt, die politische Neutralität an Zürcher Mittelschulen und im Allgemeinbildenden Unterricht der Berufsfachschulen mittels einer repräsentativen Umfrage unter Schülerinnen und Schülern prüfen zu lassen.

Dazu kann die Studie, welche das Meinungsforschungsinstitut Sotomo im Kanton Aargau durchführt, auf den Kanton Zürich ausgeweitet werden.

Falls sich bestätigen sollte, dass sich an Mittel- und Berufsfachschulen abhängig von der politischen Einstellung nicht alle Schülerinnen und Schüler wohl fühlen, ihre Meinung zu äussern, sind Massnahmen vorzuschlagen, um die Meinungsfreiheit und die gesetzlich vorgeschriebene politische Neutralität Schulen uneingeschränkt herzustellen.

Matthias Hauser
Rochus Burtscher
Paul von Euw

Begründung:

Im Rahmen einer Maturaarbeit an der Kantonsschule Baden wurden im Kanton Aargau an vier Mittelschulen über 530 Schülerinnen und Schüler zur freien, politischen Meinungsäusserung und politischen Neutralität der Schulen befragt. Ein Drittel der Schülerinnen und Schüler nehmen den Unterricht als eher links geprägt war, namentlich in den Fächern Geschichte, Geografie, Deutsch oder Englisch. Zwei Drittel ordnen die Lehrpersonen als eher dem politisch linken Spektrum zugehörig zu.

Es ist bekannt, dass bei einer institutionellen Gewichtung von Argumenten durch Vorgesetzte, oder bei einer unausgeglichene Anzahl von Argumenten verschiedener Haltungen oder bei einer qualitativ nicht neutralen Auswahl von Quellen die Angehörigen von Minderheitsmeinungen ihre Meinungen häufiger und in anstrengendere Situationen rechtfertigen müssen.

Die Folge davon ist, dass sich Jugendliche, die eine Minderheitsmeinung vertreten, unwohl fühlen, ihre Meinung überhaupt frei zu äussern. Im Kanton Aargau betrifft dies bürgerliche Jugendliche. Die Badener Maturaarbeit zeigte auf, dass gegenüber rechten Meinungsäusserungen wenig Toleranz an Mittelschulen herrscht.

Zahlreiche Indizien (u.a. mündliche Berichte, Schülerinnen- und Schülerstreiks) weisen darauf hin, dass die Situation an Zürcher Mittelschulen nicht besser ist als im Aargau. Deshalb verlangen wir eine wissenschaftliche Untersuchung und gegebenenfalls ein Bericht mit Massnahmen, die umgesetzt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Da für die Studie im Kanton Aargau bereits ein Konzept erarbeitet wird/ist, muss der Entscheid zum allfälligen Anschluss (Ausweitung der Studie auf den Kanton Zürich) rasch erfolgen. Eine gemeinsame Studie mit dem Kanton Aargau fällt voraussichtlich kostengünstiger und gleichzeitig breiter aus als eine separate Zürcher Studie. Die Dringlichkeit ist somit rein praktisch begründet, um nicht mit dem sonst langwierigen parlamentarischen Prozess die Möglichkeit der Zusammenarbeit zu verspielen.